

Interessantes aus der Politik, den Medien, dem dbb und der DPoIG. Da es sich um eine schnelle Information handelt, bleiben die Beiträge meist unkommentiert und geben lediglich die Auffassung des Autoren wieder.

Impressum:

DPoIG Bundespolizeigewerkschaft,
Seelower Str. 7, 10439 Berlin

V.i.S.d.P: Der Bundesvorstand

**Ausgabe
1/2017**

Newsletter

Sicherheitspaket der Bundesregierung – Maßnahmen gegen Terrorgefahr verantwortungsbewusst	1
Information der Seniorenvertretung: Unzumutbare Bearbeitungszeiten	1
DPoIG begrüßt stärkere Verantwortung des Bundes bei Abschiebungen	2
Auftakt Tarifverhandlungen für Landesbeschäftigte - DPoIG und dbb verdeutlichen Einkommensforderung	3
Kölner Silvesternacht – DPoIG: Polizei arbeitet mit Erfahrungswerten	3

Sicherheitspaket der Bundesregierung – Maßnahmen gegen Terrorgefahr verantwortungsbewusst

13. Januar 2017

Die Vorschläge, die vom Bundesinnenminister und vom Bundesjustizminister zur Bekämpfung der Terrorgefahr jetzt auf den Tisch gelegt wurden, sind nach Ansicht der DPoIG ein richtiger und verantwortungsbewusster Schritt.

Gegenüber dem Nachrichtensender N24 sagte Bundesvorsitzender Rainer Wendt: „Dass vor der Bundestagswahl eine solche Einigung möglich ist, war nicht unbedingt zu erwarten. Umso mehr freut es uns, dass jetzt schnell gehandelt werden soll. Fußfesseln für Gefährder und erleichterte Abschiebungen sind notwendige Mittel, um Terrorgefahren einzudämmen.“

Information der Seniorenvertretung: Unzumutbare Bearbeitungszeiten

9. Januar 2017

Auf Grund vielfacher Beschwerden von Beihilfeberechtigten über unzumutbare Beihilfebearbeitungszeiten hat sich der Präsident des Bundespolizeipräsidiums, Dr. Romann, am 27.10.16 mit einem Schreiben an den Präsidenten des Bundesamtes für Datenverarbeitung und Vermögensfragen, Dr. Scheuerle, wegen der verzögerten Bearbeitungszeiten gewandt. In diesem Schreiben wurden seitens des Dr. Romann Bearbeitungszeiten von 2 Wochen als vertretbar angesehen. Eine spürbare Verbesserung ist aber bislang nicht festzustellen. Im Gegenteil. Nach Umstellung auf das elektronische Beihilfebearbeitungsprogramm „eBiV“ sind derzeit Bearbeitungszeiten von acht Wochen und mehr Realität. Dies wurde auf telefonische Nachfrage bei der Hotline der Beihilfestelle in Frankfurt (Oder) bestätigt. Auf Grund dieser Tatsache hat die Seniorenvertretung der DPoIG-BPoIG erneut den Bundesvorstand gebeten, in der Sache nochmals tätig zu werden.

Wir können Antragstellern daher im Moment nur empfehlen, gleichzeitig mit der Beihilfe-Antragstellung eine Abschlagszahlung zu beantragen. Hierfür ist ein Formblatt erforderlich, das auf der Intranetseite des BADV online bearbeitet und ausgedruckt werden kann:

(<http://www.badv.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/ZentraleDienste/Beihilfe/Formulare/Allege/meines/109AntragAbschlag.html>)

Für unsere beihilfeberechtigten DPoIG-Mitglieder ohne Internetanschluss kann das Formblatt über die Bundesgeschäftsstelle in Berlin angefordert werden.

Nach Auskunft der Beihilfestellen sollte bei größeren Beträgen auch ein entsprechender Hinweis auf dem Antrag erfolgen, da solche Anträge dann vorrangig bearbeitet werden.

DPoIG begrüßt stärkere Verantwortung des Bundes bei Abschiebungen

3. Januar 2017

Vorschläge zur Sicherheitsarchitektur durch Bundesinnenminister Thomas de Maizière

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat die Absicht des Bundesinnenministers begrüßt, mehr Verantwortung für die Abschiebung von ausreisepflichtigen Asylbewerbern zu übernehmen. Die Einrichtung von Abschiebezentren sind geeignet, die Überforderung mancher Länder bei der Durchsetzung der Abschiebung zu beseitigen, äußerte der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt. Die DPoIG hatte seit langem gefordert, dass die Verhandlungen mit den Herkunftsländern der Betroffenen zentral durch den Bund geführt werden müssten, etwa wenn es um die Beschaffung von Ersatzpapieren gehe.

Rainer Wendt: „Es ist längst überfällig, diese verwirrenden Zustände zu beseitigen, dass diese Gespräche von 16 Ländern einzeln geführt werden. Der Bund führt auch die Verhandlungen, wenn es um die grundsätzlichen Bedingungen geht, unter denen Staatsangehörige in diese Länder abgeschoben werden können. Deshalb ist es auch folgerichtig, wenn der Bund in der Realisierung der Abschiebungen durch Einrichtung von Ausreisezentren mehr Verantwortung erhält. Aber das wird die Probleme nicht lösen, wenn der Zuzug von Migranten nach Deutschland nicht noch konsequenter kontrolliert wird. Dafür muss die Bundespolizei kurzfristig entlastet werden. In diesem Zusammenhang unterstützt die DPoIG ausdrücklich die vom Bundesinnenminister vorgeschlagene Ausweitung der 30-Kilometer-Zone im Grenzgebiet zur Identitätsfeststellung durch die Bundespolizei.“

Der Abschaffung der Verfassungsschutzbehörden der Länder erteilt die DPoIG eine klare Absage. „Die Landesämter müssen gestärkt, nicht geschlossen werden, man muss sie mit mehr Personal, besserer Technik und mehr Kompetenzen ausstatten!“ stellte DPoIG-Chef Rainer Wendt klar. Die Kenntnisse lokaler und regionaler Verhältnisse von verfassungsfeindlichen Organisationen und Personen ist unverzichtbar für erfolgreiche Arbeit des Nachrichtendienstes. Zentrale Strukturen mit langen Entscheidungswegen und unüberschaubaren Kompetenzen helfen nicht weiter, so Rainer Wendt. Mit dem Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum (GTAZ) ist nach Auffassung der DPoIG die dezentrale Organisationsstruktur der Sicherheitsbehörden durch eine funktionierende zentrale Informationssteuerung ergänzt worden. Rainer Wendt: „Alle Sicherheitsbehörden arbeiten dort gut zusammen und tauschen Informationen aus. Das war auch im Fall des Attentäters Amri so. Eine alleinige Kompetenz des Bundesamtes für Verfassungsschutz hätte hier nichts geändert. Es ist auch nicht bekannt, dass die Vertreter des Bundes eine andere Auffassung in der Behandlung dieses Gefährders gehabt hätten, insofern ist sehr fraglich, ob dieser Fall einen anderen Verlauf genommen hätte.“

Eine Vereinheitlichung der IT-Infrastruktur und ein automatisierter Datenaustausch sind nach Auffassung der DPoIG Kernelemente einer besseren Sicherheitsarchitektur. Rainer Wendt: „Solange die Behörden untereinander nicht vernünftig kommunizieren und sich austauschen können, muss man nicht an Organisationsstrukturen heran. Auch in Europa kommen wir nicht weiter, wenn die Länder und der Bund ihre Hausaufgaben nicht gemacht haben. Dabei spielt auch die Justiz eine entscheidende Rolle, auch sie muss personell und technisch gestärkt werden. Wenn Staatsanwaltschaften und Gerichte nicht auf Knopfdruck über sämtliche Informationen über Personen verfügen, die im Visier von Sicherheitsbehörden sind, kann man ihnen nicht verdenken, dass Beschlüsse und Entscheidungen auf sich warten lassen oder unbefriedigend sind.“

Auftakt Tarifverhandlungen für Landesbeschäftigte - DPoIG und dbb verdeutlichen Einkommensforderung

18.01.2017

Zum Auftakt der Tarifverhandlungen für die Landesbeschäftigten haben DPoIG und dbb in Berlin lautstark verdeutlicht, mit welchen Forderungen sie in die Tarifrunde gehen. DBB Verhandlungsführer Willi Russ sagte: "Sinkende Bewerberzahlen und sprudelnde Steuereinnahmen - die Konsequenz daraus ist zwingend: Spürbare Einkommenszuwächse für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Allein im vergangenen Jahr sind die Steuereinnahmen der Länder um über 7 Milliarden Euro gestiegen. Es ist also genug Geld da, um den berechtigten Forderungen der Kolleginnen und Kollegen im Landesdienst entgegenzukommen."

Eine angemessene Bezahlung, so Russ weiter, sei nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern im ureigenen Interesse der Arbeitgeber: „Die nachlassende Konkurrenzfähigkeit der Länder auf einem immer stärker umkämpften Arbeitsmarkt kann man doch nicht einfach hinnehmen. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt gegenzusteuern und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu sichern.“ Wenn die Landesregierungen sich dieser Realität stellen, sei eine schnelle Tarifeinigung möglich, so der dbb-Verhandlungsführer. Russ: „Ich bin auf die Gegenargumente morgen gespannt. Das alte Mantra ‚Es ist einfach kein Geld da‘ funktioniert dieses Jahr jedenfalls nicht mehr.“

Weiterführende Informationen auf dbb.de

Kölner Silvesternacht – DPoIG: Polizei arbeitet mit Erfahrungswerten

2. Januar 2017

Vorwürfe, die Kölner Polizei habe in der Silvesternacht sogenanntes ‚Racial Profiling‘ betrieben, weist die DPoIG entschieden zurück. Bundesvorsitzender Rainer Wendt sagte der „Huffington Post“: „Das hat mit Racial Profiling nichts zu tun, die Polizei stützt sich ausschließlich auf Erfahrungswerte, nicht allein auf die Hautfarbe. Es ist nun einmal Fakt, dass an den Taten in der Kölner Silvesternacht 2015/16 keine 60-jährigen deutschen Rentner beteiligt waren, sondern junge afrikanische Männer.“

Der Vorsitzende der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter verteidigte ebenfalls das Vorgehen der Polizei. Es habe sich bei den Überprüften überwiegend um Intensivtäter gehandelt, sagte Walter gegenüber dem Fernsehsender PHOENIX. Die Bundesländer müssten deshalb auch endlich ihre Abschiebep Praxis ändern. Dass viele, die zahlreiche Straftaten begangen hätten, immer noch frei herumlaufen, dürfe nicht sein.